

ZENTRALER RECHTSDIENST
ZRD



An die
Parlamentsdirektion
L1.3 – Ausschussbetreuung NR

Parlament
1017 Wien

Wien, am 13.01.2015

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom
02.12.2014
17010.0020/44-L1.3/2014

Unsere Geschäftszahl
BMLFUW-LE.4.2.6/0232-RD
3/2014

Sachbearbeiter(in)/Klappe
R. Schmidl
6653

Ressortstellungnahme zur Bürgerinitiative Nr. 57

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) nimmt zur Bürgerinitiative Nr. 57 betreffend „Verpflichtung zur Abgabe unverkäuflicher Ware an die Zivilgesellschaft vor der Müllentsorgung – Antiwegwerfgesetz“ wie folgt Stellung:

Das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 idgF definiert im § 1 in seinen Zielen und Grundsätzen die Abfallvermeidung in der Hierarchie an erster Stelle vor der Vorbereitung zur Wiederverwendung, dem Recycling, der sonstigen Verwertung und der Beseitigung. Diese Hierarchie ist auch auf Lebensmittelabfälle anzuwenden.

Die Vermeidung von Lebensmittelabfällen ist ein Schwerpunkt des BMLFUW. Im Bundesabfallwirtschaftsplan 2011 wurde die „Vermeidung von Lebensmittelabfällen“ als wesentliche Maßnahme im Rahmen des Abfallvermeidungsprogramms festgelegt. Langfristiges Ziel ist die Verringerung des Aufkommens an weggeworfenen Lebensmitteln in Österreich, wobei alle betroffenen Akteure berücksichtigt werden und die gesamte Wertschöpfungskette miteinbezogen wird.

Auf Initiative des BMLFUW wurde die Wort-Bild-Marke „Lebensmittel sind kostbar!“ geschaffen und markenrechtlich geschützt.

Stakeholderdialoge mit sozialen Einrichtungen, dem Lebensmittelhandel und -transport, der Produktion und Industrie, der Gastronomie und Großküchen sowie der Abfallwirtschaft und NGOs mündeten 2013 in ein **Aktionsprogramm**. Dieses stellt einen Schulterchluss aller Branchen und der Sozialpartner dar und beinhaltet einen konkreten Maßnahmenkatalog. Ein



Handlungsschwerpunkt widmet sich dem „Ausbau der Weitergabe von Lebensmitteln an Soziale Einrichtungen bzw. dem Aufbau von Foodsharing“.

Als konkrete Maßnahmen zur Förderung der Weitergabe von genussfähigen Lebensmitteln an soziale Einrichtungen wurde 2014 die Lebensmitteltauschbörse www.myfoodsharing.at gemeinsam mit der Wiener Tafel und dem deutschen Filmemacher Valentin Thurn installiert und der Leitfaden „Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen“ herausgegeben. Grundlage für weitere Aktivitäten wird die derzeit laufende Studie zur Erhebung der Mengen von weitergegebenen Lebensmitteln an soziale Einrichtungen sein.

52 Unternehmen aus den Bereichen Wirtschaft, Handel, Landwirtschaft, Gemeinden, Soziale Einrichtungen, Bildung und NGOs sind eine **Kooperation mit dem BMLFUW** eingegangen und haben ihre Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelabfällen dargelegt. Bei vielen dieser Maßnahmen spielt die Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen eine große Rolle.

Folgende weitere Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelabfällen entlang der gesamten Wertschöpfungskette wurden seitens des BMLFUW und Unternehmen/Partnern bereits gesetzt:

- VIKTUALIA-Award – Ausschreibung und Auszeichnung von innovativen Ideen und Projekten zur Lebensmittelabfallvermeidung in den Kategorien Wirtschaft, Gastronomie, Landwirtschaft, Privates Engagement, Schulen und soziale Einrichtungen in den Jahren 2013 und 2014, 2015 in Planung;
- Zeichen- und Malwettbewerb für VolksschülerInnen;
- Restl-Rezept-Wettbewerb;
- Präsentation der Initiative bei der Rieder Messe und bei der Bildungsmesse Interpädagogica;
- Unterrichtsmaterialien – Downloadmöglichkeit von Lehr/Lernmaterial für Volksschule und Unterstufe;
- Aufbereitung von umfangreichen Informationen zum Thema Lebensmittel auf der Homepage und in Form von Broschüren;
- Seitens der Unternehmen wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt wie Aufklärungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildung und Informationen betreffend Lebensmittelabfallvermeidung sowohl für MitarbeiterInnen als auch für KundInnen; Optimierung in allen Bereichen der Wertschöpfungskette (Bestellwesen, Retourwaren, keine Warenverfügbarkeit bei Brot und Gebäck bis Ladenschluss); Steigerung der Kooperation mit sozialen Einrichtungen.

Für den Bundesminister:

SC Dr. Franz Jäger

Elektronisch gefertigt.